

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Hartmut Schauerte,
Gunnar Uldall, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/4753 –**

Kraft-Wärme-Kopplung im Wettbewerb stärken

A. Problem

Kein Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung mittels Quoten-/Zertifikatshandel;
Bindung der Förderung existierender KWK-Anlagen an ökologische Kriterien
sowie zeitliche Befristung und degressive Ausgestaltung der Förderung; Schaf-
fung eines Brennstoffzelleneinführungsprogramms.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder
der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/4753 – abzulehnen.

Berlin, den 30. Mai 2001

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias Wissmann
Vorsitzender

Michaela Hustedt
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Michaelae Hustedt

I.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4753 – wurde in der 164. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. April 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder zur Mitberatung überwiesen.

II.

Über den Antrag der Fraktion der CDU/CSU soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Pläne zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung mittels Quoten-/Zertifikatshandel nicht weiter zu verfolgen und starre Zielvorgaben wie die Verdopplung der gekoppelten Stromerzeugung als staatlichen Handlungsauftrag aufzugeben. Ferner soll die Förderung existierender KWK-Anlagen so geändert werden, dass diese an ökologische Kriterien gebunden sowie zeitlich befristet und degressiv ausgestaltet wird. Schließlich fordert die antragstellende Fraktion eine Aufstockung vorhandener Förderprogramme zur Erforschung und Entwicklung innovativer dezentraler Energieumwandlungsanlagen. Zur Begründung verweist die Fraktion der CDU/CSU darauf, dass das von der Bundesregierung beabsichtigte Ziel der Verdopplung des Stroms aus KWK-Anlagen mittels Quoten-/Zertifikatshandelsmodell auf Grund der undifferenzierten Förderung aller KWK-Anlagen weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll sei. Auch bedeute die Förderung neuer zentraler KWK-Anlagen nach dem heutigen Stand der Technik die Festlegung auf vorhandene Strukturen für mehrere Jahrzehnte. Dies behindere die Entwicklung und Praxiserprobung effizienter moderner Technologien.

III.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 20. Juni 2001 beraten und einvernehmlich empfohlen, den Antrag für erledigt zu erklären.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 96. Sitzung am 16. Mai 2001 beraten und mehrheitlich empfohlen, den

Antrag abzulehnen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. gefasst.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 65. Sitzung am 9. Mai 2001 auf eine Beratung des Antrages der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4753 – verzichtet.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 59. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, dem federführenden Ausschuss die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. gefasst.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 20. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU sowie bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4753 – in seiner 54. Sitzung am 30. Mai 2001 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag abzulehnen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gefasst.

Berlin, den 30. Mai 2001

Michaelae Hustedt
Berichterstatlerin

